

2. XI. 1917

Freiherr v. Plener über die auswärtige Politik der Monarchie.

In seiner Rede als Berichterstatter über das Budget im Herrenhause.

Wien, 1. November.

Freiherr v. Plener hat in seiner Rede als Berichterstatter über das Budgetprovisorium im Herrenhause am 30. Oktober eine sehr bemerkenswerte und im Hause mit großer Aufmerksamkeit und lebhaftem Beifall aufgenommene Darstellung seines Urteils über die auswärtige Politik und die Friedensfrage gegeben. Wir veröffentlichen mit Rücksicht auf die Bedeutung dieser Stelle der Rede und mit Rücksicht auf die bevorstehende Session der Delegationen im folgenden einen ausführlicheren Bericht:

Wir sagen alle, daß wir den Frieden wollen und daß wir mit der Leitung unserer auswärtigen Politik im ganzen übereinstimmen. Die letzte Rede des Grafen Czernin ist ja eine höchst wertvolle Umgebung im Sinne einer künftigen Friedenspolitik und im Sinne einer allgemeinen Forderung der Haltung der Zentralmächte in diesen Fragen. Was Graf Czernin mit so viel Nachdruck und Offenheit in seiner Budapester Rede für die Zukunft profetisierte, daß es für die Zeit nach dem Kriege zu einer internationalen Rechtsordnung kommen müsse, die auf der Anerkennung gegenseitiger Rechte und Verbindlichkeiten beruht, ist ein Novum, weil wir ja wissen, daß die beiden Zentralmächte in ihrer diplomatischen Haltung in früheren Jahren gerade gegen eine solche prinzipielle Regelung eine ablehnende Stellung eingenommen haben.

Es waren Oesterreich und Deutschland, die auf der zweiten Haager Konferenz gegen die obligatorischen Schiedsgerichte am meisten Opposition machten und verurachteten, daß ein einstimmiger Beschluß — und die Beschlüsse müssen einstimmig gefaßt werden — darüber nicht gefaßt werden konnte. Redner habe eine gewisse Erfahrung gerade in der Frage der obligatorischen Schiedsgerichte. Er habe 1906 auf der Londoner Konferenz der Interparlamentarischen Union als Berichterstatter einen Musterchiedsgerichtsvertrag vorgelegt, den die Konferenz auch annahm und dem die Ehre widerfuhr, daß Marquis Soveral, der bekannte portugiesische Gesandte und Freund König Eduards, bevollmächtigter Gesandter auf der Haager Konferenz vom Jahre 1907, ihn als Grundlage für die Diskussion der zweiten Haager Konferenz zu nehmen beantragte. Tatsächlich wurde auch dieser Entwurf des Redners als Basis der Diskussion benutzt, fand aber Widerspruch bei den deutschen und österreichischen Bevollmächtigten und wurde zuletzt so zusammengekracht, daß eigentlich so viel wie nichts übrig blieb. Nun seien wir eine geänderte Haltung und das ist ein großer Fortschritt, weil er auf die öffentliche Meinung in den neutralen und selbst in den feindlichen Staaten den Eindruck machen muß, daß Oesterreich diesen modernen Weg freundlich und entgegenkommend gegenübersteht. Es wäre gut gewesen, wenn diese Aenderung vor zwei oder drei Jahren gemacht worden wäre, um einen gewissen Druck auf die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten auszuüben. Hier muß auch eine kleine Mäßigung vorgenommen werden. Von mehreren Herren wurde gesagt, daß wir auf Schiedsgerichte nicht eingehen können, weil wir einer feindlichen Mehrheit gegenüberständen, die voraussichtlich den Schiedspruch gegen uns fällen würde. Das ist offenbar ein Mißverständnis. Bei einem Schiedsgericht — so ist es auch durch die Haager Konferenzen von 1899 und 1907 in Aussicht genommen worden und so ist es ja bei jedem Schiedsgerichte — nominirt doch jeder Streitteil eine Anzahl von eigenen Vertrauensmännern und entsendet sie als Schiedsrichter in das Schiedsgericht. Es ist nicht so, daß die Mehrheit der Macht einer Macht ein Schiedsgericht ertroyiert, sondern jeder Streitende Teil nominirt die gleiche Zahl von Schiedsrichtern, diese treten dann zusammen und wählen einen Obmann oder wenn ihnen das nicht gelingt, so läßt sie durch eine neutrale Macht den Obmann bestimmen. Wer zu glauben, daß ein Schiedsgericht zusammengesetzt werden kann, wo ein Teil von vornherein in der Minderheit gegenüber einer feindlichen Majorität wäre, das ist ganz ausgeschlossen.

Diese Erklärung des Grafen Czernin bezieht sich eigentlich doch nur auf die internationale Rechtsordnung nach dem Friedensschlusse, nach jenem Friedensschlusse, der diesem Kriege ein Ende machen würde. Der Vorbehalt, den er in derselben Rede machte, daß, wenn die Entente seine friedlichen Anerbietungen nicht annehme, er gewissermaßen freie Hand habe und andere Bedingungen sehen könnte, welchen Vorbehalt Hofrat Lammasch tadelt und beanstandet, bezieht sich ja eineswegs auf seine Geneigtheit, für die künftige internationale Rechtsordnung Konzessionen zu machen, sondern auf den Frieden unmittelbar nach dem Kriege. Nachdem er sich der allgemeinen vagen Formel „keine Annexionen und Entschädigungen“ gewissermaßen genähert hatte, machte er — und das war sehr klug von ihm — den Vorbehalt, daß, wenn der Krieg gegen seine Anerbietungen durch den Troß der Entente weiter fortgeht, er bezüglich des Friedens im Falle des glücklichen Ausganges des Krieges sich freie Hand lasse.

Ich wünsche wie jedermann den Frieden, allein ich bin viel skeptischer als die meisten, die von starker Sympathie, von Friedensstimungen in den feindlichen Ländern sprechen und eine Wendung der Dinge für bald erwarten. Ich glaube, da stehen wir noch lange nicht, England — und das ist der Hauptfeind — ist noch lange nicht reif für den Frieden. Es mögen einige Arbeitervereine — es ist nicht das Gros der englischen Arbeiter, welches auf Seite des Friedens steht — und einige Gruppen im Parlament friedlich gesinnt sein, aber der größte Teil der englischen öffentlichen Meinung ist heute noch ganz eingeschworen auf die Kriegspolitik, die durch Reden der Minister und Politiker von Tag zu Tag gesteigert wird. Das

militärische Selbstbewußtsein der Engländer, das durch Schaffung einer großen Armee in kurzer Zeit außerordentlich gehoben wurde, ist ein so großes, daß man gegenwärtig wohl kaum von einem Abweichen der englischen öffentlichen Meinung von der Kriegspolitik sprechen kann. Es ist überhaupt ein Irrtum, zu glauben, daß die Demokratien friedliebend sind. Wir haben in der Gefangenschaft vom Serber Kleon in Athen bis zu den französischen Jakobinern eine ganze Reihe von kriegerischen Demokratien gesehen. Wie wäre es auch sonst zu erklären, daß ein Volk wie das amerikanische, welches frei und demokratisch im weitesten Sinne des Wortes ist, sich in eine solche Kriegswut hineinheizen ließ, daß der Krieg jetzt in den Vereinigten Staaten außerordentlich populär ist und sich jedermann freut, an dem Gemengel in Europa teilzunehmen, daß den Amerikanern eigentlich ganz gleichgültig sein muß und wo sie in eigenem Interesse nichts zu holen haben. Es ist also ein Irrtum, zu glauben, daß die Demokratie als solche eine Störung oder Bürgerkrieg gegen eine kriegerische Politik wäre. Auch die Zentralmächte erkennen an, daß sie heute trotz ihrer prinzipiellen Erklärungen und ihrer Geneigtheit, den Frieden herbeizuführen, mit neuen Friedensanerbietungen innehalten müssen. Sie haben darin vollkommen recht. Wir sehen aus den Ereignissen der letzten Wochen, wie wenig derartige Friedensanerbietungen, namentlich wenn sie einen konkreten Inhalt haben, der Sache des Friedens nützen. Kaum hatte man in Berlin erklärt, daß eigentlich bezüglich Belgiens keine wahre Differenz bestünde und man Belgien gewissermaßen als ausgehalten ansehen könnte, so hat die englische und die französische öffentliche Meinung diese Konzessionen Deutschlands ruhig eingeleitet, aber sofort mit der größten Energie verlangt: Von Belgien haben wir nicht so viel gesprochen, Elsaß-Lothringen ist die Hauptsache, das müßt ihr herausgeben! Wenn — was nicht zu erwarten ist — Deutschland sich dazu herbeilasse, irgendein Arrangement bezüglich Elsaß-Lothringens vorzuschlagen, so würde das von der Entente ruhig eingestrichen werden, es würde aber sofort ein neues Petit gegenüber den Zentralmächten erhoben werden und so ad infinitum. Durch eine schrittweise Friedensanerbietungskampagne hätten die Zentralmächte eine Karte nach der andern hergegeben und gar nichts dafür erhalten. (Lebhafte Zustimmung.) Vor einigen Wochen konnte man in den Wiener und Berliner Zeitungen eine klare offiziöse Erklärung lesen, daß gegenwärtig von Seite der Zentralmächte weitere Friedensanerbietungen nicht mehr stattfinden angesichts der ablehnenden Haltung, welche ihr bona fide vorgeschlagener Schritt bei der Entente gefunden habe. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist kein Zweifel, daß diese Erklärung unseres Auswärtigen Amtes und der deutschen Reichskanzlei an Berechtigung und innerer Kraft durch die großen militärischen Ereignisse der letzten Tage gewonnen hat. Hier zeigt sich angesichts des Trostes und der Bösartigkeit unserer Feinde, daß es nur ein Mittel zur Behauptung unserer Ehre und unserer Existenz gibt, die militärische Kraft so hoch zu spannen, daß sie nicht nur zur Verteidigung, sondern auch zum Niederwerfen des Gegners führt. (Lebhafte Beifall.) Wir alle sind stolz auf die Leistungen unserer Armee und unserer glorreichen Verbündeten, welche zum richtigen Zeitpunkt uns an der italienischen Front ihre Hilfe gewähren. Es muß jeden Patrioten und treuen Anhänger des Bündnisses mit Deutschland mit Freude und Stolz erfüllen, wenn er liest, mit welcher warmen und von Herzen kommenden, aus voller Ueberzeugung gesprochenen Worte die beiden Kaiser dieses große militärische Ereignis, das die beiden Armeen in Bundestreue miteinander erschloßen haben, gefeiert und sich dem Dank ausgesprochen haben. (Lebhafte Beifall.) Als ein verstärkendes Symptom dieses Ereignisses ist die stolze Kundgebung zu betrachten, durch welche unser Kaiser dem Grafen Czernin für die von ihm herbeigeführte Vertiefung des Bundesverhältnisses zu Deutschland seine Anerkennung und seinen Dank ausgesprochen hat. (Lebhafte Beifall.)

Wir alle wissen, daß Graf Czernin immer fest und treu zu dem Bündnisse mit Deutschland gehalten und hält. Darum freuen wir uns und sind stolz darauf, daß er auch von Allerhöchster Seite für diese seine Politik in so effektanter Weise Anerkennung vor der ganzen Welt erhalten hat.

Unter diesem Zeichen wird mit Gottes Hilfe die Aktion weiter gehen. Es soll niemand voraussetzen oder voraussetzen. Über momentan ist eine Welle des Erfolges für uns, die uns weiter tragen wird. Die Nachrichten jedes Tages verstärken die Bedeutung unserer militärischen Erfolge und müssen die Zuversicht, den Optimismus und die Begeisterung unserer Truppen erhöhen. Die Führung hat sich diesmal außerordentlich bewährt, die Vorbereitungen scheinen trefflich gemacht worden zu sein. Die Armee genießt das volle Vertrauen der Bevölkerung im Hinterlande. So wollen wir hoffen, daß dieser große Erfolg weiter dauert und uns so kräftigt und unser Ansehen so stärkt, daß wir einer weiteren Entwidlung mit Ruhe und Zuversicht entgegengehen können. (Lebhafte Beifall und Handklatschen. Der Berichterstatter wird beglückwünscht.)